



Was ist bloß aus der ÖVP geworden? Aus einer staatstragenden Partei, bei der das Wort Handschlagqualität noch eine Bedeutung hatte, wurde unter dem Namen der **Neuen Volkspartei** eine Partei geschaffen, die sich nur um ihre eigenen Interessen kümmert, die Sorgen und Probleme der Menschen links liegen lässt und nur mehr dem Motto der Inszenierung und Selbstbereicherung folgt. Treten unangenehme Dinge ans Tageslicht, wird versucht, mit Rundumschlägen Kritiker*innen zum Schweigen zu bringen – oftmals sogar mit der Drohung einer Klage. Dieses Schauspiel und die Inszenierung hat Sebastian Kurz mit seinem Projekt Ballhausplatz gestartet. Mittlerweile haben sich die Unsitten der **Neuen Volkspartei** über die Bundespartei hinweg in die Landesorganisationen, Bezirksorganisationen und sogar in die Ortsorganisationen der **Neuen Volkspartei** gezogen.

Viel zu lange haben wir geschwiegen und waren der Meinung, dass eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit der **Neuen Volkspartei Andau** möglich ist. Nach nun bald 4 Jahren mussten wir endgültig erkennen, dass dies schlichtweg nicht möglich ist. Zu viele Dinge wurden versprochen und nicht gehalten, zu viele Wortmeldungen von Vertreter*innen der **Neuen Volkspartei Andau** wurden runtergeschluckt, zu viele Bürger*innen wurden seitens der **Neuen Volkspartei Andau** und des **Bürgermeisters** wortwörtlich im Regen stengelassen. Daher werden wir Euch nun die Märchengeschichten der **Neuen Volkspartei Andau** und des Bürgermeisters näherbringen und diese sachlich aufarbeiten und richtigstellen. Wir sind der Meinung, die Bürger*innen in Andau haben die Wahrheit verdient und es ist auch unser Anspruch, ehrlich mit Euch zu kommunizieren, auch wenn Dinge manchmal unpopulär sind.

Sehen wir uns die Ereignisse der Reihe nach an und beginnen mit dem ersten Inszenierungsversuch der **Neuen Volkspartei**, der der Realität widerspricht:

Entlastung der Familien (2017/2018)

Im Wahlkampf 2017 hat sich unser jetziger Ortsparteivorsitzender Dominik HAUTZINGER, MA vor allem für eine Entlastung der Familien in Andau eingesetzt. Bereits beim zweiten Zusammenkommen des Gemeinderates hat unser Ortsparteivorsitzender einen Antrag auf Erhöhung der Geburtenunterstützung, für den Eintritt in den Kindergarten, die Volksschule und die Mittelschule Andau gestellt, wonach die Subventionen allesamt **von € 150,- auf € 300,- erhöht werden** sollen, was auch geschah. Anstatt hier einen großen Wirbel zu machen und diesen Erfolg für uns zu inszenieren, haben wir uns entschlossen, sachlich zu bleiben und die Entlastungen der Familien klar vor die Inszenierung gestellt.



Der **Bürgermeister** und die **Neue Volkspartei Andau** waren offensichtlich anderer Meinung und haben in weiterer Folge versucht, durch Aussendungen den Eindruck zu vermitteln, als wäre diese Initiative ihre Idee gewesen, was nachweislich nicht der Fall war. Bereits damals konnte man erahnen, dass die **Neue Volkspartei Andau** und der **Bürgermeister** nicht an einer sachlichen und ehrlichen Zusammenarbeit interessiert sind. Im Gegensatz zum **Bürgermeister** waren unser Ortsparteivorsitzender und die **SPÖ Andau** ausschließlich auf die Entlastung der Familien fokussiert.

Photovoltaikanlage Kindergarten (2018/2019/2020)

Im Dezember 2018 fand die Anhörung des Gemeindevorstandes bezüglich des Budgetentwurfes für das Jahr 2019 statt. In dieser Sitzung hat **Vizebürgermeister Ing. Christian ALBER** die Idee vorgetragen, auf dem Dach des Kindergartengebäudes eine Photovoltaikanlage zu errichten, damit auch die Marktgemeinde Andau ihren Beitrag zur Nachhaltigkeit und Klimaschutz leisten kann. Es herrschte Einigkeit, dass dies eine gute Idee sei und somit wurde im Voranschlag ein Betrag von € 30.000,- für die Errichtung der Photovoltaikanlage vorgesehen. Als der Vizebürgermeister die Errichtung vorantreiben wollte, wollte die **Neue Volkspartei Andau** nichts mehr davon wissen und meinte ihrerseits, dass dieses Projekt unnötig sei, da sich die Kosten niemals amortisieren würden. Offenbar passierte hier innerhalb von zwei Monaten ein kompletter Sinneswandel. In weiterer Folge nahm der Vizebürgermeister Kontakt mit der Energie Burgenland auf, welche errechnete, dass sich die Anlage innerhalb von 14 Jahren amortisieren würde. Doch auch das reichte den Vertreter*innen der **Neuen Volkspartei Andau** nicht und so wurde weiter versucht, das Projekt aus unerklärlichen Gründen zu verzögern. Im April 2020 wurde die Photovoltaikanlage dann endlich fertiggestellt. Plötzlich wird in Parteischreiben der **Neuen Volkspartei Andau** geschrieben, dass sie sich für die Errichtung einer Photovoltaikanlage eingesetzt haben und das Projekt nun abgeschlossen sei. Auch hier muss die Frage gestellt werden, ob die **Neue Volkspartei Andau** eigentlich weiß, was sie will und warum hier das nächste Projekt, zu welchem weder die Neue Volkspartei noch der Bürgermeister irgendetwas beigetragen haben, so dargestellt wird, als ob sie sich dafür eingesetzt hätten. **Das ist nicht nur populistisch, sondern dient nur der Inszenierung. So sollte Politik nicht sein, vor allem nicht in einer Gemeinde.**

Schmutzkübelkampagne gegen SPÖ Andau (2020)

Wer dachte, es geht nicht schäbiger, hat sich leider geirrt. Im Jahr 2020 haben die **Neue Volkspartei Andau** und der **Bürgermeister** nicht einmal mehr davor zurückgeschreckt, eine COVID-19-Erkrankung eines unserer Gemeinderatsmitglieder zu nützen, um die **SPÖ Andau** und unseren Ortsparteivorsitzenden zu diskreditieren. Doch was ist wirklich geschehen? Die **SPÖ Andau** musste im August 2020 eine Fraktionssitzung abhalten, da der **Bürgermeister** eine Gemeinderatssitzung einberufen hatte. Die Abhaltung einer Fraktionssitzung war nicht verboten und es wurden alle Sicherheitsabstände eingehalten. Die **SPÖ Fraktion** hat für diese Sitzung sogar den Gemeindesaal angemietet, damit alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden konnten. Es wurden stets zwei Meter Abstand eingehalten und auch Masken wurden getragen. Ob die Abhaltung einer Fraktionssitzung notwendig war, muss hier ganz klar mit ja beantwortet werden, da in der Gemeinderatssitzung heikle Entscheidungen wie die Besetzung des Postens des Schulwarts (dazu später mehr) anstand.

Unglücklicherweise ging es einem unserer Gemeinderatsglieder am Montag nach der Sitzung nicht gut. Aus diesem Grund suchte er die Ordination unserer Hausärztin auf und wurde in weiterer Folge als Verdachtsfall eingestuft. Außerdem wurde ein COVID-19 Test veranlasst. Am Mittwoch wurde ihm das Ergebnis mitgeteilt, welches leider positiv ausfiel. Ab diesem Zeitpunkt dachte die **Neue Volkspartei Andau** wohl, dass man mit dieser gefährlichen Erkrankung ein politisches Spiel beginnen kann und verbreitete nachweislich Unwahrheiten über den Vorfall.

Was passierte weiter? Die **Neue Volkspartei Andau** schreckte auch nicht davor zurück, eine Schmutzkübelkampagne gegen unseren Ortsparteivorsitzenden zu starten und warf ihm vor, den **Bürgermeister** nicht über die Erkrankung informiert zu haben. Was der **Bürgermeister** allerdings nicht erwähnt hat, ist, dass das betroffene **SPÖ-Gemeinderatsmitglied** das Gemeindeamt angerufen und mitgeteilt hat, dass er als Verdachtsfall eingestuft ist und ein COVID-19-Test bei ihm vorgenommen wird. Wenn der **Bürgermeister** also meint er wurde nicht darüber informiert, dann stimmt dies einfach nicht, da der Verdachtsfall dem Gemeindeamt spätestens am Montag bekannt war und die Gemeinderatssitzung erst am nächsten Tag (Dienstag) stattfand. Auch unser Ortsparteivorsitzender ist seiner Verpflichtung mehr als nachgekommen in dem er sich selbst bei der Bezirkshauptmannschaft über die weitere Vorgehensweise informiert hat, wo er die Auskunft bekam, dass solange es nur ein Verdachtsfall ist, nichts weiter zu unternehmen sei. Um auf Nummer Sicher zu gehen hätte der **Bürgermeister** die Gemeinderatssitzung verschieben können. **An dieser Stelle sei noch erwähnt, dass die SPÖ-Fraktion zu der Gemeinderatssitzung ihr Ersatzmitglied entsandt hatte und die zu diesem Zeitpunkt als Verdachtsfall geführte Person, an der Sitzung nicht teilnahm!** Jedoch hat er die Situation, dass ein SPÖ-Gemeinderat aufgrund von Corona ausfällt, ausgenützt, um so die erforderliche Mehrheit zu haben, um die Besetzung des Schulwarts nach dem Willen der **Neuen Volkspartei Andaus** durchzudrücken. An dieser Stelle sei auch nochmals erwähnt, dass die eigene gesundheitliche Vorgeschichte unseres Ortsparteivorsitzenden gar nichts anderes zugelassen hätte, als mit dieser Situation ernst umzugehen. Wenn die **Neue Volkspartei Andau** ernsthaft die Moralfrage stellt, muss man erwähnen, dass keiner von ihnen, auch nicht der **Bürgermeister** ein einziges Mal gefragt hat, wie es der infizierten Person geht. Vielmehr wurde in der Bevölkerung versucht einen Coronacuster der **SPÖ Andau** herbeizureden, was nachweislich nicht der Fall war. **Eine Frage muss noch in den Raum gestellt werden: Warum wurde, als unser Fraktionsmitglied an Corona erkrankt ist, eine Meldung auf der Facebook-Seite der Marktgemeinde Andau veröffentlicht und danach wurden Statusmeldungen über die Anzahl der positiven Fälle eingestellt? Der Anschein lässt Kalkül dahinter vermuten.**

Postenbesetzung Schulwart (2020)

Doch damit nicht genug. Die Postenbesetzung des Schulwarts brachte die **Neue Volkspartei Andau** offensichtlich derartig in Bedrängnis, dass der Rundumschlag weiterging. So stellten der **Bürgermeister** und Vertreter*innen der **Neuen Volkspartei Andau** ernsthaft die Frage, ob sich Frauen für den Posten nicht bewerben dürfen, was einem humoristischen Gustostückerl gleicht. **Jede Person, egal ob Frau oder Mann, kann sich bewerben und das ist auch gut so.** Es soll jede Person die gleiche Chance haben. Wenn aber behauptet wird, dass die ausgewählte Person die gleichen Qualifikationen hat wie die anderen Bewerber*innen, dann stimmt diese Behauptung einfach nicht mit der Realität überein. Jede Person, die sich beworben hat, kennt ihre eigene Qualifikation – daher muss man eher die Frage stellen, ob sich die **Neue Volkspartei Andau** und der **Bürgermeister** die Bewerbungen der anderen Personen überhaupt angesehen haben, wenn solch eine Behauptung aufgestellt wird.

Die **SPÖ-Andau** steht für Transparenz. Wir setzen uns dafür ein, dass Posten im Gremium des Gemeinderates vergeben werden. Der **Bürgermeister** vergibt die Posten jedoch ausschließlich im Gremium des Gemeindevorstandes auf ein Jahr befristet. **Warum enthält der Bürgermeister den Bediensteten ein unbefristetes Dienstverhältnis vor?** Ganz einfach! Ein unbefristetes Dienstverhältnis kann nur im Gemeinderat vergeben werden, dort hat aktuell keine Partei eine Mehrheit. Im Gemeindevorstand hat die **Neue Volkspartei Andau** jedoch die Mehrheit, somit kann sie dort die Stellen so besetzen wie sie es möchte.

Coronahilfe für Bürger*innen (2020)

Bereits zu Beginn der Pandemie haben wir uns als **SPÖ** Gedanken darüber gemacht, wie wir der Andauer Bevölkerung am besten durch diese schwere Zeit helfen können. **Im ersten Schritt haben wir angeregt, einen Zustelldienst für kranke bzw. gefährdete Personen einzurichten, um das Risiko der Ansteckung für diese Personen zu minimieren.** Diese Anregung wurde zu Beginn weggelächelt, da gemeint wurde, dass in Andau ohnehin jeder irgendjemanden hat, der die täglichen Besorgungen erledigen kann. Hier kann man auch erkennen, wie weit die **Neue Volkspartei Andau** von den Lebensumständen der Menschen entfernt ist.



Als zweiten großen Schritt haben wir uns dazu entschlossen, ein **COVID-19 Hilfspaket** für die Andauer Bevölkerung **sowie den ortsansässigen Betrieben** zu schnüren. Den Antrag „**ANDAU HILFT**“ hat Vizebürgermeister Ing. Christian ALBER bereits am 22. Juni 2020, im Namen der gesamten **SPÖ Fraktion**, im Gemeindeamt eingebracht und die Aufnahme auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung beantragt. In der Gemeinderatssitzung vom 25. August 2020 wurde über den Antrag der **SPÖ Andau** diskutiert, wobei viele unterschiedliche Meinungen geäußert wurden. Unser Ziel war es stets, dass der an die Gemeindebürger*innen ausbezahlte Betrag auch den Andauer Betrieben zu Gute kommt. **In dieser Sitzung konnte vereinbart werden, dass jede Person, egal welchen Alters, mit Hauptwohnsitz in Andau (Stichtag 28. August 2020), eine Zuwendung in der Höhe von € 25,- erhält.**

Die **SPÖ Andau** hat sich stets dafür eingesetzt, dass für die Ausbezahlung der Zuwendung eine Vorlage von Rechnungen von Betrieben aus unserer Gemeinde notwendig ist. Dadurch sollte sichergestellt werden, dass auch die Andauer Betriebe von der Zuwendung profitieren. Leider fand dies keine Zustimmung. Wir hoffen dennoch, dass viele der Andauer*innen ihre Einkäufe in Andau tätigen werden und so auch den ortsansässigen Betrieben etwas unter die Arme greifen. Dies wurde auch in der Sitzung vom 12. November nochmals erwähnt. Unser Ortsparteivorsitzender meinte dazu: *„Es ist schon bedauerlich, dass eine COVID Unterstützung für die Andauer Bevölkerung insgesamt drei Gemeinderatssitzungen benötigt, um die Maßnahme endgültig abzuschließen. Dennoch freuen wir uns natürlich darüber, dass wir diese Zuwendung im Gemeinderat durchsetzen konnten.“*

Auch hier, wenn es um die Unterstützung von Menschen in einer schwierigen Zeit geht, ging von der **Neuen Volkspartei Andau keine Initiative aus!**

Coronahilfe für Vereine (2020)

Bleiben wir bei Corona. Auch die Vereine hat die Pandemie schwer getroffen. Viele fielen um die Einnahmen einer ganzen Saison um und Veranstaltungen mussten abgesagt werden.



Auch hier hat sich die **SPÖ Andau**, konkret unser Ortsparteivorsitzender, dafür eingesetzt, die Subventionen der ortsansässigen Vereine einmalig zu verdoppeln, um die Vereine zu unterstützen. Wir alle besuchen gerne die Veranstaltungen der Andauer Vereine und diese tragen auch maßgeblich zum gesellschaftlichen Leben in unserer Gemeinde bei. Auch hier muss man sagen, dass es von der **Neuen Volkspartei Andau** keine eigene Initiative gab und nur aufgrund der Vorschläge der **SPÖ Andau** diese Angelegenheit überhaupt besprochen wurde. Wenn seitens der **Neuen Volkspartei Andau** behauptet wird, sie hätten es ja auch so gewollt, muss man die Frage stellen, warum immer zugewartet wird, bis andere Vorschläge und Ideen einbringen und erst dann etwas unternommen wird.

Entweder hat die **Neue Volkspartei Andau selbst einfach keine Ideen oder sie warten auf die Ideen anderer, um sich selbst die Arbeit zu ersparen. Was zutrifft, kann jede Person für sich selbst entscheiden.**

Gedächtnisplattform (2019/2020/2021)

Mit großer Verwunderung musste die **SPÖ Andau** feststellen, dass der **Bürgermeister** nicht nur mit falschen Behauptungen hausieren geht, sondern diese Story von Bezirkszeitungen auch übernommen wurde, ohne einen Gegencheck durchzuführen. Konkret geht es um die Berichterstattung in Bezug auf die Gedächtnisplattform bei der Brücke von Andau. Die Probleme mit der Gedächtnisplattform und der Brücke selbst bestehen bereits seit längerem. Bereits seit mehr als 18 Monaten hat die **SPÖ Andau** versucht, hier zu einer Lösung zu gelangen und bezüglich der Gedächtnisplattform am 13. November 2019 einen Antrag im Gemeinderat betreffend der Sanierung bzw. Neuerrichtung eingebracht. Passiert ist bis heute gar nichts! **Das sich der **Bürgermeister** nun als Retter der Brücke und der Gedächtnisplattform inszeniert, ist nicht nur unglaublich, sondern die Vorgehensweise an Dreistigkeit nicht zu überbieten.**

Vizebürgermeister Ing. ALBER führte bereits zahlreiche Gespräche und konnte auch eine Förderung seitens der burgenländischen Landesregierung für das Projekt lukrieren. Auch wurde bereits ein Kostenvoranschlag eingeholt. Das heißt, der **Bürgermeister** hätte schon lange aktiv werden können, anstatt das Geschehen nur aus der Ferne zu beobachten. Im Gegensatz zum **Bürgermeister** führte der Vizebürgermeister Ing. ALBER regelmäßig Gespräche mit den zuständigen Stellen und konnte für Dienstag, den 06. April 2021 ein Treffen mit dem Nationalparkdirektor vereinbaren, zu welchem auch der **Bürgermeister** nachweislich eingeladen wurde, um die weitere Vorgehensweise zu besprechen. **Leider blieb er diesem Treffen aus unerklärlichen Gründen fern.**



Vielmehr haben **Vizebürgermeister Ing. ALBER** und unser **Ortsparteivorsitzender HAUTZINGER** bereits ein Schreiben aufgesetzt, welches nur mehr die Unterschrift des **Bürgermeisters** bedurfte, damit das Förderansuchen abgeschickt werden konnte. Erstaunlicherweise werden in der Berichterstattung zwar Passagen aus der Projektbeschreibung verwendet, aber nicht darauf hingewiesen, von wem diese Beschreibung stammt. Offensichtlich hat der **Bürgermeister** Teile der Projektbeschreibung, welche nachweislich von den oben erwähnten Personen verfasst wurden, an die Medien weitergespielt (es wurden Sätze nahezu ident verwendet) und dadurch den Eindruck erweckt, dass er sich für dieses Projekt eingesetzt und auch gehandelt hat. Diesem Eindruck muss klar widersprochen werden. Anstatt gemeinsam an dem Projekt zu arbeiten, wurde die **SPÖ Andau** immer wieder hingehalten und mit Standardfloskeln getröstet. Auch hier wollte die **SPÖ Andau** im Sinne der vom **Bürgermeister** immer betonten „guten Zusammenarbeit“ parteiübergreifend handeln.

Die einzige Leistung des Bürgermeisters war die Unterschrift des Förderansuchens und der Projektbeschreibung, ansonsten war keine Leistung vorhanden. Das sich der Bürgermeister nun als Bewahrer der Brücke und der Gedächtnisplattform inszeniert, passt in das typisch Türkise Bild, hat aber mit einer seriösen und glaubwürdigen Politik nichts zu tun.

Viele werden sich jetzt zurecht fragen, ob die **Neue Volkspartei Andau** und der **Bürgermeister** eigentlich überhaupt ein einziges Projekt selbst initiiert haben. Tatsächlich hat der **Bürgermeister** im alten Kindergarten eine Parkanlage errichtet, wovon interessanterweise nicht einmal **ÖVP-Gemeinderät*innen** informiert wurden. Das einzige Projekt, dass der **Bürgermeister** selbst und ohne Beihilfe von anderen erledigt hat, endete in einem rechtlichen und baulichen Desaster. Doch lest selbst.

Kostenexplosion rund um die Parkanlage im alten Kindergarten (2019/2020)

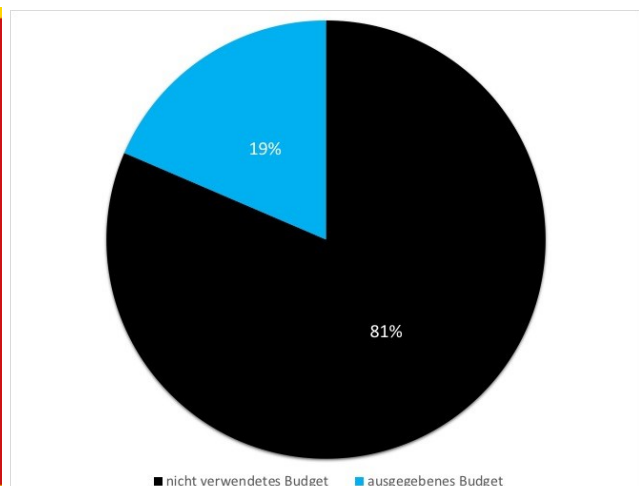
In der letzten Vorstandssitzung im Jahr 2019 teilte der **Bürgermeister** den Gemeindevorständen mit, dass er im Bereich des alten Kindergartens eine Parkanlage errichten möchte, was aus unserer Sicht natürlich auch kein Problem darstellte. Der **Bürgermeister** schätzte die Kosten für dieses Projekt auf € 30.000,-. Auf welcher Grundlage er diese Schätzung vornahm, erwähnte der **Bürgermeister** allerdings nicht.

Da die Kosten einen Grenzwert nicht überstiegen, konnte der **Bürgermeister** dieses Projekt ohne eine Abstimmung im Gemeindevorstand oder im Gemeinderat im Alleingang verwirklichen. Das böse Erwachen kam allerdings recht bald, da sich die **Kosten für dieses Projekt auf mehr als das Doppelte erhöht** hatten, wodurch der **Bürgermeister** sehr wohl einen Beschluss im Gemeindevorstand herbeiführen hätte müssen. Da der **Bürgermeister** nach Ansicht unseres Ortsparteivorsitzenden die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht eingehalten hatte, wurde eine Aufsichtsbeschwerde bei der Gemeindeaufsicht gegen die Amtsführung des Bürgermeisters eingebracht, da dieser außerhalb seines Wirkungsbereiches gehandelt hatte. Die Gemeindeaufsicht gab dem **Bürgermeister** die Möglichkeit, eine Stellungnahme zur Beschwerde zu erstatten, welche allerdings mehr Fragen aufwarf, als sie Antworten lieferte. **So teilte der Bürgermeister mit, dass Mitte Oktober 2019, also rund 2 Monate vor der Budgetanhörung, die Summe des Projektes bereits € 46.321,23 betrug. Nun stellt sich die Frage, warum er dem Gemeindevorstand den Kostenpunkt von € 30.000,- nannte.** Offensichtlich handelte der **Bürgermeister** hier so, dass er den Gesamtaufwand in mehrere Teilaufträge aufgesplittet hatte, um so den Gemeindevorstand zu umgehen und um diesen nicht in die Entscheidungen mit einbinden zu müssen. Die Gemeindeaufsicht hat hier festgestellt, dass die Vorgehensweise rechtlich nicht korrekt war und ihm bei einem weiteren Vergehen eine Ordnungsstrafe angedroht.

Aussendung der Neuen Volkspartei vs. tatsächliches Handeln

Nach jeder Budgetanhörung der letzten Jahre teilt die **Neue Volkspartei Andau** in ihrem Schreiben mit, wie sehr sie sich nicht für die Kinderspielplätze in Andau einsetzt, wohlwissend, dass dies nicht der Realität entspricht. **Die Zustände der Kinderspielplätze sprechen Bände und man muss erwähnen, dass ein Handeln nur in Wahljahren nicht dem Anspruch der Gemeinde und ihren Bürger*innen gerecht wird.**

In den Jahren 2015 – 2020 wurden insgesamt **€ 140.000,-** für Kinderspielplätze budgetiert. Verwendet wurden hiervon insgesamt € 31.841,54, das heißt, es wurde **nicht einmal ein Viertel des vorhandenen Budgets für die Erhaltung der Spielplätze und Neuanschaffung von Geräten verwendet**. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. Hinter den jährlichen Ankündigungen seitens der **Neuen Volkspartei Andau** verbirgt sich **in Wahrheit ein Desinteresse für die Kinderspielplätze** und ist nur ein weiterer plumper Inszenierungsversuch.



Worte zum Abschluss:

Es werden sich bestimmt und einige auch zurecht fragen, warum die **SPÖ Andau** nun diesen Weg wählt und ein solches Schreiben verfasst. **Wir haben lange überlegt, kamen aber schlussendlich zu dem Entschluss, dass Wahrheit und Ehrlichkeit das höchste Gut in einer Demokratie sind und jede*r Bürger*in das Recht hat, zwischen den Erzählungen und Inszenierungen der Neuen Volkspartei Andau und der tatsächlichen faktenbasierten Wahrheit zu entscheiden und sich selbst ein Bild zu machen.** Manche werden behaupten, dieses Schreiben ist unnötig und ist für eine Zusammenarbeit nicht förderlich. Dem muss entgegengehalten werden, dass die **Neue Volkspartei Andau** und auch der **Bürgermeister** nie an einer ernsthaften Zusammenarbeit mit der **SPÖ Andau** oder auch der **FPÖ Andau** interessiert waren. **Es diene alles nur einem Zweck, und zwar, wie können die Eigeninteressen der Neuen Volkspartei Andau vorangetrieben werden.** Um dieses Ziel zu erreichen, wurden oftmals Unwahrheiten verbreitet und andere Personen in den Dreck gezogen, in der Hoffnung, etwas bleibt hängen. Dies ist nicht unser Anspruch. **Unser Anspruch besteht darin, aufgrund von Fakten, der Wahrheit und im Sinne der Ehrlichkeit, Politik für die Bürger*innen in Andau zu machen und diesen Weg werden wir auch weiterhin verfolgen, in der Hoffnung, dass Ehrlichkeit auch von den Bürger*innen respektiert und honoriert wird.**

Abschließend dürfen wir Euch noch Fragen stellen, die jede Person für sich selbst beantworten muss:

- Wollen wir in Andau wirklich eine Mehrheit der **Neuen Volkspartei** haben, welche politische Entscheidungen nach den eigenen Interessen und nicht zum Wohle der Gemeinde trifft?
- Wollen wir einen Gemeindevorstand der **Neuen Volkspartei** haben, der die Meinung vertritt, wenn das Haus bauen in Andau jemanden zu teuer ist, kann man ja in eine andere Ortschaft gehen?
- Wollen wir einen Gemeindevorstand der **Neuen Volkspartei** haben, der in einer Gemeinderatssitzung vor Zuhörer*innen wutentbrannt die Meinung vertritt, dass er jeden, der einen Brunnen im Keller hat, vergönnt, dass sie bei Starkregenereignissen schwimmen?
- Wollen wir einen Gemeinderat der **Neuen Volkspartei** haben, der, wenn er aufgefordert wird, an der Abstimmung teilzunehmen, plump sagt, stimmt ab wie ihr wollt, mir ist das egal?
- Wollen wir in Andau einen **Bürgermeister** haben, der bloß durch reine Inszenierung und nicht durch Leistung auffällt?

Unsere Meinung ist klar – Nein das wollen wir nicht!

Unsere Gemeinde und ihre Bürger*innen haben sich besseres verdient!

EURE SPÖ ANDAU

Ortsparteivorsitzenden und Gemeindevorstand Dominik HAUTZINGER, Vizebürgermeister Christian ALBER, Gemeindevorständin Yvonne GELBMANN, Gemeinderat Simon KIRSCHNER, Gemeinderat Michael THYRINGER, Gemeinderat Manuel BRUNNER, Gemeinderätin Sabine SMOLEY, Gemeinderat Josef HORVATH, Gemeinderat Adolf GANGL, Gemeinderat Günter FRANK, Ersatzgemeinderat Christian RANITSCH, SPÖ Frauenvorsitzende Bianka THYRINGER und restliche Fraktionsmitglieder